

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Postkassen, unfern Wilsdruff u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Kündigung des Bezugsvertrages. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Abgabetermin: die spätere Raumzahl 20 Uhr, die spätere Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten über keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 31 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 6. Februar 1933

Der neue Kurs.

Die Änderung des Reichswahlgesetzes.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten nach Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wurde das Reichswahlgesetz in zwei Punkten geändert:

Bisher konnten Reichsdeutsche mit Wohnsitz im Ausland an der Reichstagswahl sich nur beteiligen, wenn sie als Staatsbeamte oder Staatsangestellte ihrer Wohnsitz nahe der Reichsgrenze hatten und sich in die Wählerliste einer benachbarten deutschen Gemeinde eintragen ließen. Die Verordnung des Reichspräsidenten räumt nunmehr allen Reichsdeutschen die Berechtigung zur Teilnahme an einer Reichswahl ein, sofern sie nur am Wahltag im Inland sich aufhalten.

Die bisherige Bedingung, daß der ausländische Wohnort nahe der Reichsgrenze gelegen sein muß, ist beseitigt. Auch die bisherige Beschränkung auf Staatsbeamte und Staatsangestellte ist fallengelassen. Reichsdeutsche ohne Unterschied ihres Berufs oder Standes mit Wohnsitz im Ausland können sich von der für ihren Wohnsitz zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Reiches einen Stimmschein ausstellen lassen. Hält sich der Auslandsdeutsche vorübergehend in Deutschland auf, so stellt die Gemeindebehörde des inländischen Aufenthaltsortes den Stimmschein aus. Bei Stellung des Antrages auf Ausstellung des Stimmscheines haben sich die Reichsangehörigen durch einen Reisepaß oder den im kleinen Grenzverkehr eingeführten Ausweis zu legitimieren. Neben der Erweiterung der Möglichkeit, sich an einer Reichswahl zu beteiligen, regelt die Verordnung des Reichspräsidenten außerdem die

Einreichung von Reichswahlvorschlägen durch Parteien, die im letzten Reichstag noch nicht vertreten waren. Die neuen Vorschriften sollen dem Willen der kleinen Splitterparteien vorbeugen. Parteien, die im Reichstag nicht vertreten waren, mußten bisher wenigstens für einen Reichswahlvorschlag mindestens 500 Unterschriften anbringen. Nunmehr müssen Reichswahlvorschläge solcher Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt hatten, von mindestens so viel Wählern des Wahlkreisverbandes unterzeichnet sein, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes erforderlich sind. Für die Sammlung der 6000 Unterschriften hat der Reichsminister des Innern in einer Ausführungsverordnung die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften getroffen.

Zum Schutz des deutschen Volkes.

Die neue Pressenotverordnung.

Amlich wird mitgeteilt: Bei ihrem Amtsantritt hatte die Reichsregierung vor der Presse die Hoffnung und den Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möge ihr kein Anlaß geboten werden, frühere Beschränkungen des Versammlungs- und Presserechts wieder aufleben zu lassen. Allerdings wurde gleichzeitig die Mahnung ausgesprochen, alles zu vermeiden, was Verunsicherung in das Volk tragen und die öffentliche Sicherheit gefährden könnte. Diese Mahnung ist nicht befolgt worden. Vor allem in der Presse sind in den letzten Tagen

unerhörte Beschimpfungen und Beleidigungen erhoben worden, die eine Regierung, die auf ihre Autorität hält, sich nicht gefallen lassen kann. Ferner hat ein Teil der Presse, ganz offensichtlich um Verunsicherung zu schaffen und das Vertrauen zur Regierung zu erschüttern, Gerüchte über angebliche wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen der Regierung verbreitet, die seinerzeit Unterlage besaßen.

Die Reichsregierung hat sich daher veranlaßt gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten eine Verordnung vorzuschlagen, die Beschränkungen des Versammlungs- und Presserechts enthält, wie sie zum Teil auch früher bestanden. Diese Verordnung gibt der Reichsregierung nunmehr die absolute Handhabe, ihre Autorität wirksam zu wahren und ihre Aufbauarbeit ungehindert durchzuführen. Somit dient sie dem Schutze des deutschen Volkes.

Die Verordnung, die dem Herrn Reichspräsidenten zur Unterschrift vorliegt, wird am Montag veröffentlicht werden.

Berlin, 6. Februar. Wie „Der Montag“ berichtet, hat der Reichspräsident die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ bereits unterschrieben. Aus dem Inhalt der Verordnung berichtet das Blatt ergänzend, daß Versammlungen auch aufgelöst werden können, wenn eine Religionsgesellschaft öffentlichen Rechts verächtlich gemacht wird. Bei verächtlichen Druckschriften kann die Verbotsdauer bis auf ein Jahr erfolgen. Außerdem enthält die Verordnung auch Bestimmungen über die Sammlung von Geldern zu politischen Zwecken.

Hitler über die Wehrgeffinnung.

Der Reichsminister im Reichswehrministerium.

Der Reichsminister nahm einer Einladung des Reichswehrministers folgend an einem Abendessen teil, das der Chef der Wehrleitung, General Frhr. von Hammerstein, den Befehlshabern von Heer und Marine gab. Der Reichsminister hat dabei in einer längeren Ansprache an die Führer des Heeres und der Marine die Grundlagen seiner Politik entwickelt und die entscheidende Bedeutung der Wehrgeffinnung des Volkes und der Arbeit der Wehrmacht zum Ausdruck gebracht.

Hitler verzichtet auf sein Reichsanzlergehalt.

Sein Wohnort bleibt München.

Reichsminister Adolf Hitler traf, wie die Reichspressstelle der NSDAP, mittelt, Sonntag abend, von Berlin im Flugzeug kommend, in München ein. Der Besuch des Führers dient zunächst privaten Zwecken, dann aber auch der Vorbereitung der Reichstagswahl. Wie bekannt, verbleibt die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung auch für die Zukunft in München. Adolf Hitler, der auch persönlich außerordentlich an München hängt, behält hier seine eigentliche Wohnung. Der Führer bezieht im übrigen als Reichsminister kein Gehalt. Er hat, da er sich als Schriftsteller sein Einkommen selbst verdient, auf seine Bezüge als Reichsminister verzichtet.

Erhebende Trauerfeier für die Opfer des 30. Januar.

Ungeheure Beteiligung der Berliner Bevölkerung an dem Staatsbegräbnis.

Unter ungeheurer Beteiligung der Berliner Bevölkerung ging am Sonntagmittag das Staatsbegräbnis der beiden Opfer der historischen Nacht des Fackelzuges für die neue Reichsregierung vor sich. Die Gebäude des preussischen Staatsministeriums, des Ministeriums des Innern, der Landtag, das Zeughaus, Universität, Schloss, Opernhaus, Börse usw. hatten die preussische Flagge auf halbmast gesetzt. Die gesamte Berliner und Brandenburgische SA, SS, und Hitler-Jugend, sämtliche dienstfreien Beamten der Schutzpolizei und der gesamte Berliner Stahlhelm marschierten in strömendem Regen im Lustgarten auf.

Der Dom war je zur Hälfte für die Angehörigen der Schutzpolizei und der NSDAP, freigegeben. Am Hochaltar standen die beiden Särge mit den Leichen des Schutzpolizeioberwachtmeisters Jauritz und des Sturmführers Maikowski, der erstere mit schwarz-weißem Tuch, Tschako und Säbel, der zweite mit der Halbkreuzfahne und schwarzweißroter Schleife geschmückt. Neben den Särgen hielten acht Schutzpolizeibeamte und acht SA-Männer vom Sturm 33 die Ehrenwache. Anordnungen der Schutzpolizei, sämtlicher nationalsozialistischer Organisationen und des Stahlhelms legten zahlreiche Kränze und Blumengewinde zu Füßen des Hochaltars nieder.

Die Trauerfeier für die am 30. Januar erschossenen Polizeioberwachtmeister Jauritz und Sturmführer Maikowski im Berliner Dom



Der ehemalige Kronprinz erschien und schmückte selbst beide Särge mit einem Kranz.

Die Feier im Dom.

Die Domglocken schlugen zum Trauergeleit ein. Im Lustgarten standen viele Zehntausende deutscher Männer und Jünglinge in blauer, brauner und feingrauer Uniform. Reichsminister Hitler in seiner Eigenschaft als Parteiführer betrat den Dom in einfacher SA-Uniform in Begleitung des kommissarischen preussischen Innenministers, Reichsministers Göring, der ebenfalls die braune Uniform trug, sowie der obersten Führer der SA. Hitler nahm vor dem Altar in den für die Angehörigen der Toten reservierten Reihen in der Nähe des Kronprinzen Platz.

Es waren ferner zugegen der Berliner Polizeipräsident Melcher, der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Voten, die politischen Führer der Nationalsozialistischen Partei, zahlreiche Offiziere und Mannschaften der Schutzpolizei, die Führer des Berliner Stahlhelms und Angehörige der alten Armee. Am Hochaltar nahmen auf der einen Seite die Standarten der SA, auf der anderen Seite die Geistlichkeit Aufstellung.

Nach feierlichem Orgelspiel, der Trauermusik des Musikdirektors der Schutzpolizei, Gebet und Gemeindegesang, sprach Pfarrer Hoffenfelder über das Bibelwort: Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben läßt für seine Brüder. Der Geistliche gedachte der Opferbereitschaft der beiden Gestorbenen, die im Dienst an Volk und Staat den Tod fanden. Sie hätten gearbeitet und ihr Leben dahingegeben im Hinblick auf den, den uns Gott zum Führer gegeben, damit unserem Volk wieder Brot und Arbeit werde, damit wieder Glaube und Sitten heilig würden. Die Feier schloß mit dem alten Militärsied „Ich hatt' einen Kameraden“. Durch ein Spalier von Uniformierten wurden die beiden Särge aus dem Dom getragen, vor dem die beiden vierspännigen Trauerwagen standen.

Ein überwältigendes Bild bot sich von der Domtreppe aus. Im Lustgarten hatten sich während der einstündigen Trauerfeier alle Formationen gesammelt. Es war ein unübersehbares Meer von blauen, braunen und feingrauen Uniformen, und vielen hundert Fahnen. Während die Hände der Massen sich zum Himmel streckten und die Köpfe entblößt wurden, setzte sich der Trauerzug in Bewegung.

Voran eine berittene Hundertschaft der Schutzpolizei, dann Polizeibeamte zu Fuß, der Wagen mit dem Sarg des Oberwachtmeisters, dann folgten SA und SS, der Wagen mit dem Sarge des Sturmführers, dann stundenlang ein Gefolge von Trauernden und Stahlhelmlern. Im Lustgarten und um den Lustgarten herum standen wenigstens 300 000 Menschen. In allen Straßen, durch die der Trauerzug seinen Weg nahm, stand ein dichtes Spalier von Menschen stundenlang trotz des Regens. Schätzungsweise waren eine Million Menschen unterwegs, um Augenzeuge dieser gewaltigen Trauerfeier zu sein.

Die Beisetzung auf dem Invalidenfriedhof.

Der Trauerzug bewegte sich dann zum Invalidenfriedhof, wo sich bereits Stunden vorher eine nach vielen Tausenden zählende Menge angesammelt hatte. Glockengeläut verkündete das Anrücken des Trauerzuges. Zuerst kam das Trauergeleit für den erschossenen Polizeibeamten, an dessen Spitze auch der kommissarische Innenminister für Preußen, Reichsminister Göring, schritt. Am Friedhof vorbei wurde die Leiche nach dem Staatskrankenhaus gebracht, von wo aus die Überführung in die Heimat erfolgen soll. Während

französischen Dichters Victor Hugo, in dem dieser der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß die künftigen Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Volke von aufbauenden Gedankengängen und nicht von Zerstückelungswünschen getragen werden. (Langanhaltender, sich dreimal wiederholender, stürmischer Beifall, in dem die Gegenrufe des französischen Chauvinismus ertrinken.) Die Veranstaltung dauerte von 2 Uhr nachmittags bis 6.30 Uhr abends.

Kurze politische Nachrichten.

In der Presse wird behauptet, die Reichsregierung erwäge die Einsetzung von Reichskommissaren in Ländern mit geschäftsführenden Regierungen. Von Seiten der Reichsregierung wird Wert darauf gelegt, festzustellen, daß die Einsetzung derartiger Reichskommissare nicht beabsichtigt sei.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft häufen sich die Besuche einzelner Persönlichkeiten, die Wünsche und Ratsschläge vorzubringen haben. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, daß durch die Fülle der Besucher die sachliche Arbeit nur gehemmt wird. Den berufenen Organen und Verbänden der Landwirtschaft wird rechtzeitig Gelegenheit geboten werden, zu den einzelnen beabsichtigten Maßnahmen Stellung zu nehmen.

Das in Breslau erscheinende Organ der Sozialdemokratischen Partei, Die Volkswarte, und ihre sechs in der Provinz Schlesiens erscheinenden Kopfbücher sind wegen der Verbreitung des Wahlausrußes der SPD. auf drei Tage verboten worden. Ebenso ist die Rheinische Zeitung für drei Tage verboten worden, weil sie den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes gebracht hat mit Aufforderung in hochverrätherischem Sinne.

Englische Blätter haben über angebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts in bezug auf eine Heimkehr des deutschen Kaisers nach Deutschland berichtet. U. a. soll Reichskanzler Hilfer dem von Hugenberg vorgeschlagenen Plan einer Wieder-Einsetzung des Kaisers zugestimmt haben. Alle diese Meldungen werden von zuständiger Stelle als grober Unfug bezeichnet.

In der rumänischen Kammer wurde der von der rumänischen Regierung eingebrachte Gesetzentwurf, wonach die Regierung berechtigt ist, jederzeit mit sofortiger Wirkung den Belagerungszustand zu verhängen, angenommen.

rote Fahne bis 7. Februar verboten. Berlin. Der Polizeipräsident hat die rote Fahne einschließlich ihrer Kopfbücher mit sofortiger Wirkung bis zum 7. Februar 1933 einschließlich verboten, weil sie in verschiedenen Ausgaben zur Organisierung des Massenstreiks aufgerufen hat.

Sächsisches Handwerk für nationale Reichsregierung.

Die Entschliebung des Landesauschusses. Der Gesamtvorstand des Sächsischen Handwerks fasste einstimmig folgenden Beschluß: Der Gesamtvorstand des Landesauschusses des Sächsischen Handwerks begrüßt in der heute politisch und wirtschaftlich auf das äußerste gespannten Zeit das Zustandekommen einer nationalen Reichsregierung und stellt sich vertrauensvoll hinter diese, in der Erwartung, daß sie durch Förderung aller nationalen und bodenständischen Kräfte auch das Handwerk gebührend berücksichtigt. Der Landesauschuss erwartet, daß das gesamte sächsische Handwerk tatkräftig mitwirkt an der Beseitigung der heutigen Krise und sich geschlossen mit seinen Spitzenorganisationen der neuen Reichsregierung für die Wiederaufbauarbeit zur Verfügung stellt.

Gegenüber der Reichsregierung bringt er die bestimmte Hoffnung zum Ausdruck, daß diese sich schnellstens der Not des Handwerks annimmt und für eine umfangreiche Arbeitsbeschäftigung Sorge trägt.

Breussischer Landtag gegen Auflösung.

214:196.

Gegen Parlamentsauflösung in Preußen.

Der Breussische Landtag lehnte den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Breussischen Landtages zum 4. März mit 214 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, Staatspartei und Kommunisten gegen 196 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Christlich-Sozialen und Deutschhannoveraner ab. Für die Annahme des nationalsozialistischen Antrages wären 212 Stimmen notwendig gewesen.

Vor der Abstimmung der Volksversammlung des Breussischen Landtages war der Dreimännerausschuß, bestehend aus dem Landtagspräsidenten Kerl, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Vorsitzenden des Staatsrates, Abenauer, zusammengetreten. Der Ausschuß hatte ebenfalls gegen die Stimme des Landtagspräsidenten Kerl die Auflösung abgelehnt.

Aber den Verlauf der Landtagsführung liegt folgender Bericht vor:

Sitzungsbericht.

(32. Sitzung.) tt. Berlin, 4. Februar. Die Beratung des Breussischen Landtages über den nationalsozialistischen Auflösungsantrag begann mit einer Begründungsrede des nationalsozialistischen Fraktionsführers Abg. Rube. Da alle Versuche, eine Mehrheitsregierung zu bilden, gescheitert seien und eine Verhütung der politischen Verhältnisse in Deutschland nicht eintreten könne, wenn nicht gleichzeitig im Reich und in Preußen die Neuwahlen vorgenommen würden, bleibe kein anderer Ausweg als die Auflösung des Landtages. Es sei unerträglich, daß Männer wie Braun und Severing weiter hohe Gehälter beziehen, daß sie sich weiter schwebende Antworten an die große Partei des Landes herausnehmen können, und daß ein Severing sich erdreiste, weiterhin in den unerhörtesten Formen mit den Nationalsozialisten zu verfahren.

Die beiden müssen weg! (Stürm. Beifall bei den Nat.-Soz.) Aus Gründen der politischen Sauberkeit und der nationalen Ehre sei die Auflösung des Landtages notwendig. Abg. Heilmann (Soz.) nahm zunächst zu dem Verbot des Vorwärts Stellung, dessen Begründung er als einfach lächerlich bezeichnete. Den Auflösungsantrag lehnten die Sozialdemokraten ab, da sie sich von Klassenfeinden ihre Falsch oder gar den Termin der Entscheidungsschlacht niemals vorzeichnen ließen. In lebhaften Zwischenrufen durch die Nationalsozialisten kam es, als Heilmann auf eine vor fünf Monaten von dem Abg. Rube im Landtag gehaltenen Rede verwies, in der gesagt wurde, daß für eine

Auflösung des Landtages durch den Reichskommissar jede verfassungsmäßige Voraussetzung fehle. Im übrigen wolle er daran erinnern, daß der Abg. Rube vor vierzehn Tagen im Landtage gesagt habe: „Wenn man siebeln will, solle man zuerst das Gut Neudorf beliebeln.“ Es sei zu hoffen, daß dieses kleine Versprechen der Nationalsozialistischen Partei bald möglichst wahr gemacht werde.

Nach Heilmann (Soz.) nahm noch einmal Rube (Nat.-Soz.) das Wort. Unter stürmischen Entrüstungsrufen der Nationalsozialisten brachte er Material zur Kenntnis des Hauses, aus dem hervorgehe, daß die Regierung Braun den Nationalsozialismus aus einem

Fonds gegen das Verbrechertum bekämpft habe. Die Vermut., Antisiten und Skarek seien nicht Angehörige des nationalen Volkstums gewesen. Nachahmer dieser Fälle werden unter dem Reichskanzler Hilfer am Gasen hängen! Abg. Dr. Kaufner (Zit.) gab die ablehnende Stellung des Zentrums gegenüber dem Auflösungsantrag mit einer kurzen Erklärung bekannt, in der es heißt, daß Volk und Wirtschaft Rube brauchen, Neuwahlen, die keine grundlegende Änderung in der politischen Verteilung bringen könnten, seien gefährliche Experimente. Die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sei bei der jetzigen Zusammensetzung des Landtages durchaus möglich.

Abg. Piech lehnte für die Kommunisten den nationalsozialistischen Auflösungsantrag gleichfalls ab mit der Begründung, daß die kommunistische Propaganda bei einem kommenden Wahlkampf unterdrückt werden würde.

Abg. Bork (Dn.) erklärte, daß die Regierung Braun das preussische Volk betwöhnt und hinterhältig belogen und betrogen habe. Die Deutschnationalen Fraktion werde dem Auflösungsantrag zustimmen, um dem preussischen Volke Gelegenheit zu geben, sich durch Stimmabgabe hinter die letzten Geschehnisse zu stellen. Welche Kräfte des Volkes wollen heute, daß die Arbeit des deutschnationalen Führers Hugenberg sich jetzt entscheidend angewandt habe, und daß es nun gelte, in der nationalen Front den christlich-konservativen Gedanken zu stärken.

Abg. Lohse (Nat.-Soz.) forderte Schluß der Aussprache und sofortige Vornahme der Abstimmung, da die Stellungnahme der maßgebenden Fraktionen jetzt vorliege. Der Auflösungsantrag wird gegen die Nationalsozialisten abgelehnt.

Sturmgehen.

Als hierauf Innenminister Severing das Wort nehmen will, anscheinend um auf die nationalsozialistischen Angriffe gegen die preussische Regierung zu antworten, wird er von seinen Parteifreunden mit lauten Freiheit-Rufen begrüßt. Bei den Nationalsozialisten entsetzt starke Erregung, sie springen von ihren Plätzen auf, drängen nach vorn und rufen: Haas! Arbeitervertreter! Abtreten! usw.

Da es dem amtierenden Vizepräsidenten Haas nicht gelingt, dem Redner Gehör zu verschaffen, unterbricht er die Sitzung für eine Viertelstunde. Da die Nationalsozialisten weiter eine drohende Haltung gegen Severing einnehmen, verläßt dieser schließlich den Sitzungssaal.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erteilt Vizepräsident Haas erneut dem Innenminister Severing das Wort. Die Nationalsozialisten rufen im Chor:

Haas mit Severing!

und sehen diese Aule fort, bis der Vizepräsident dem Minister erklärt, er müsse feststellen, daß das Parlament ihn im Augenblick nicht anhören wolle. Die Sitzung wird wieder unterbrochen.

Nach halbständiger Unterbrechung erteilt Vizepräsident Haas nochmals dem Minister Severing das Wort. Aus den Reihen der Nationalsozialisten ertönen Witze: Es stellt sich aber heraus, daß Severing nicht im Saale ist.

Abg. Stendel (D. Vp.) bedauert, daß niemals der Versuch gemacht worden sei, den Ministerpräsidenten zu wählen. Der Redner stimmt der Landtagsauflösung zu, weil diese bei Würde des Landtags am meisten entspreche.

Abg. Weid (Cr. Soz.) schließt sich ebenfalls dem Auflösungsantrag an. Der Landtag habe heute bewiesen, daß er abbruchstüchtig sei.

Abg. Ruffe (Staatsp.) lehnt den Antrag ab.

Abg. Biester (Dt. Hann.) erklärt, er glaube nicht an den Bestand der neuen Reichsregierung, er stimme aber trotzdem der Auflösung des Landtages zu.

In namentlicher Abstimmung wird dann der nationalsozialistische Antrag auf Landtagsauflösung zum 4. März mit 214 gegen 196 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Deutsch-Hannoveraner abgelehnt.

Präsident Kerl schließt die Sitzung mit den Worten: Ich wünsche den Abgeordneten für die Zukunft bestes Wohlergehen!



Ein Bild von der Sitzung des Breussischen Landtages, in der um die Auflösung abgestimmt wurde.

Das Große Los.

Roman von
Margarete Ankelmann.

„Ja, glaubst du denn, Theo, daß ich jetzt von hier weggehe?“
„Selbstverständlich, Gust! Du wirst diese Kiste, die dir Fortuna hat zukommen lassen, antreiben, um dich endlich ein wenig zu erholen. Diese Seereise bis Genoa wird dir außerordentlich gut tun und du kannst nachher um so besser arbeiten.“
Direktor Blümker und ich werden hier schon alles gut machen, da brauchst du keine Sorge zu haben. Du weißt doch, daß du dich auf uns verlassen kannst. Und du weißt auch, daß du Ausspannung mehr als nötig hast.“
Unruhig ging August Richter im Zimmer hin und her. „Du tust so, als ob das gar nichts wäre, wenn ich auf einmal von hier weggehe, und gleich für ein paar Wochen! Glaubst du, meine Gläubiger werden sehr erbart sein, wenn sie hören, daß ich eine Vergnügungsreise mache?“
„Mache es nur nicht schlimmer, als es ist, Gust. Sie wissen ganz genau, was los ist. Sie wissen, was wir uns für Mühe geben, die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Sie wissen, daß wir beide von morgens bis nachts schuften und daß es vorwärts geht mit uns. Sie erfahren auch, daß dich diese Reise nichts kostet, daß du sie gewonnen hast. Und sie werden auch einsehen, daß du eine Ausspannung brauchen kannst.“
Theobald Fischer stand auf und ging zu August hinüber, der am Fenster stand. Er drehte den Abgewandten zu sich herüber, sah ihm ins Gesicht:
„Nimm das, was dir geboten wird; du darfst es wirklich tun. Laß alle Sorgen sein, sei veranlaßt. Laß das Simulieren, es hat keinen Zweck.“

In diesem Moment klopfte es an die Tür. Auf das „Herein!“ trat Direktor Blümker ein.
„Ach, Herr Direktor, gut, daß Sie kommen. Sie müssen mir helfen, meinen Freund auf den Weg zu bringen, müssen ihm sagen, wie nötig eine Ausspannung für ihn ist. Denken Sie, lieber Blümker, er will diese Reise aus-schlagen, die ihm durch das Los zugefallen ist.“
„Aber Herr Doktor, was fällt Ihnen ein? Ein zweites Mal wird es das Schicksal nicht so gut mit Ihnen meinen. Sie wollen diese herrliche Reise verkaufen? Das wäre wirklich ein Verbrechen an Ihnen, an Ihrer Gesundheit und an unseren Werten. Sie können sich doch auf uns verlassen, Herr Doktor! Wissen Sie das nicht?“
„Das weiß ich schon, aber...“
„Es darf kein Aber geben, Herr Doktor. Herr Fischer hat recht. Sie sehen gar nicht gut aus. Zu viel war in der letzten Zeit auf Sie eingestürzt; da ist es nur in der Ordnung, wenn Sie einmal aus all dem heraustrimmen. Sie werden ein ganz anderer Mensch sein, wenn Sie wieder zurück sind.“
„Ich habe aber gar keine Lust zu dieser Reise.“
„Die wird schon kommen, wenn Sie erst fort sind. Das Leben auf dem Schiff ist herrlich; ich habe vor ein paar Jahren auch eine kleine Schiffsreise gemacht und zehre noch heute von der Erinnerung. Sie werden so viel Neues und Schönes kennenlernen, daß Sie gar nicht mehr heim wollen.“
„Was soll ich nur tun, wenn Sie beide so auf mich einreden?“
„Das fragst du noch, Gust? Jetzt gehst du und packst deine Sachen; ich werde gleich Frau Mertens Bescheid sagen, daß sie dir hilft.“
Am Abend, als die Freunde vor dem Schlafengehen noch eine Stunde beisammensassen, drückte Theobald August ein Bündchen Geldscheine in die Hand.
„Aber Theo, was soll das heißen?“ fragte August Richter.
„Nimm nur, Gust, es ist dein eigenes Geld. Ich habe damals, als wir das Lotz verlaufen, einen Teil heimlich

und leise beiseite geschmuggelt, sonst hättest du ehrlische Haut gleich alles den Gläubigern zugespammt. Die können sich ruhig ein wenig länger gedulden, das spielt keine Rolle. Und du hast auf diese Weise ein wenig Geld in der Hand.“
August mußte lachen.
„Aber — ist es nicht sberdlich, das schöne Geld jetzt zu verbubeln? Darf ich mir das erlauben?“
„Hör' bloß auf mit diesen dummen Fragen. Warum sollst du dir das nicht auch einmal erlauben dürfen, nachdem du monatelang so geschuftet hast? Aber die paar Groschen würden nicht weit reichen. Ich habe da ein paar Reiseschecks für dich. Die sind allerdings von meinem Konto; doch du kannst sie ruhig nehmen, leihweise. Ich habe das Geld übrig, und du zahlst es mir zurück, wenn du erst die Millionen einheimsten wirst.“
„Ich nehme es an, Theo, weil es von dir kommt.“
„Und dann, Gust... Halte die Augen offen, viel-schicht...“
„Ach, du meinst wegen einer Frau? Du weißt ja, Theo, da ist bei mir nichts zu machen.“
„Karlsrill! Das werden wir erst sehen. Wir sprechen uns wieder, wenn du zu Hause bist...“
Seit zwei Tagen schaukelte die „Monte Saturno“, einer der bekanntesten, mit allen neuesten Einrichtungen versehenen Vergnügungsdampfer, auf dem Wasser. Doktor August Richter hatte eine behagliche, zweibettige Kabinette zugewiesen erhalten, die er mit einem anderen Herrn teilte: Titus von Zollet.
Die beiden Herren klammerten sich nicht viel umeinander. Außer den gebräuchlichen Grüßen und wenigen flüchtigen Worten hatten sie nichts miteinander zu tun.
Doktor Richter wunderte sich nur im stillen, daß sein Kabinengenosse so wenig Gepäck mit sich führte. Eine Aktentasche, die der seinen auf ein Paar gelte und die sogar die gleichen abgeschürften Eden hatte wie die seine, und einen nicht sehr großen Handkoffer.
(Fortsetzung folgt)

Die Frage der Auflösung des Preussischen Landtages.

Nachdem der Preussische Landtag und das Dreimännerkollegium die Selbstauflösung des Landtages verweigert haben, darf höherem Vernehmen nach kaum noch bezweifelt werden, daß die Auflösung auf anderem Wege vorgenommen wird. Die Entscheidung hierüber ist für Montag zu erwarten.

In der Sitzung des Dreimännerkollegiums hat bekanntlich nur Landtagspräsident Kerrl für die Auflösung gestimmt. Staatspräsident A. Dehaene lehnte sie mit der Erklärung ab: „Eine Auflösung des Landtages auf Grund des Artikels 14 des preussischen Verfassungsgesetzes ist nicht zulässig, weil die Verfassung des Landes Preußen auf andere Weise als durch Auflösung und Neuwahl des Landtages nicht geändert werden kann.“

Die Erklärung der Regierung Braun. Die Sozialdemokraten und das Zentrum haben die Einberufung des Landtages des Preussischen Landtages verlangt, und zwar wegen der Zwischenfälle, die sich im Landtag abgespielt haben, insbesondere wegen der Störungen bei dem Versuch von Severing, zu Worte zu kommen. Die preussische Staatsregierung hat ferner eine amtliche Erklärung veröffentlicht, in der sie die Angelegenheit des Abgeordneten Kube und des Abgeordneten Vord auf die Höhe der Regierung wegen der Verwendung von amtlichen Geldern für Parteizwecke zu handeln. Es handelt sich um die Verwendung von Summen des sogenannten „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums“ für Parteizwecke im Jahre 1932. Die preussische Hohenlohe-Regierung läßt erklären, daß diese Frage schon dem Staatsgerichtshof unterbreitet gewesen sei. Die preussische Staatsregierung habe später festgestellt, daß Gelder für Parteizwecke aus Staatsmitteln nicht zur Verfügung gestellt worden sind und daß alle Schäden dieser Art auf Irrtum, Unkenntnis oder Mißverständnisse beruhen. Die Staatsregierung habe sich dem Staatsgerichtshof gegenüber zu weiteren tatsächlichen Auskünften bereit erklärt.

Die politischen Zusammenstöße.

In Berlin zwei Tote, ein Schwerverletzter. In Berlin kam es in der Nacht zum Sonntagabend an zwei Stellen zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der SPD und der NSDAP, wobei drei Kommunisten durch Schüsse schwer verletzt wurden. Zwei von ihnen sind bald darauf im Krankenhaus gestorben. Festgenommen wurden sechs Nationalsozialisten und neun Kommunisten.

Der erste Zusammenstoß ereignete sich in Berlin-Moabit, wo Kommunisten von vier Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten, beschossen wurden. Bald darauf kam es zu einer Schießerei in Berlin-Neukölln.

Nacht Verlesete in Fürth.

In Fürth kam es vor einem kommunistischen Verkehrslokal zu einem Zusammenstoß zwischen NS-Leuten und Kommunisten, wobei auf beiden Seiten Schüsse abgegeben wurden. Acht Personen wurden verletzt, sechs Kommunisten, ein Sozialdemokrat und ein Nationalsozialist. Nach den bisherigen Ermittlungen scheinen die NS-Leute das kommunistische Verkehrslokal ausgesucht zu haben. Der Führer der NS-Leute, der jugend, scharf geossen zu haben, ist festgenommen worden.

Zusammenstöße in Rheinland-Westfalen.

In Duisburg-Samborn erhielt bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ein Kommunist einen Schlag auf den Kopf, an dessen Folgen er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

In Düsseldorf wurden bei Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zwei Kommunisten und ein Nationalsozialist verletzt. Ein Kommunist trug lebensgefährliche Verletzungen davon.

In Lünen bei Dortmund wurden bei einem regelrechten Feuergefecht zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten vier Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist schwer verletzt; weitere Verletzte trugen leichtere Verletzungen davon.

Weitere politische Zusammenstöße im Reich.

Die Eisener Front veranstaltete in Breslau eine Kundgebung im Gewerkschaftshaus, bei der auch der frühere Reichstagspräsident Lohde sprach. Anschließend folgte ein Demonstrationszug durch die Stadt, bei dem es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen mit Nationalsozialisten kam. Ein Reichsbannermann, der Student Steinfeld, wurde hierbei getötet, und auf beiden Seiten acht Personen verletzt. Insgesamt wurden fünf Personen festgenommen.

In Glatbach kam es im Verlaufe einer SPD-Versammlung zu einer Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf die gesamte Einrichtung des Saales zertrümmert wurde. Zwanzig Personen wurden verletzt und eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

In Bochum-Gerthe wurde der NS-Führer Pömann durch fünf Pistolenschüsse getötet. Als Täter kommen vier oder fünf Kommunisten in Frage, die nach der Tat flüchteten. Bisher sind 31 Kommunisten festgenommen worden.

Bei einem nationalsozialistischen Propagandamarsch durch München kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen. Am Edlinger Platz triffen Kommunisten die Jungteilnehmer mit Messern an. Drei Nationalsozialisten wurden dabei verletzt. Auch einer der Täter wurde bei der Abwehr durch Polizeibeamte verwundet. Weiter trugen zwei Polizeibeamte und ein Reichsbannermann erhebliche Verletzungen davon. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Nach einer gemeinsamen Kundgebung von Nationalsozialisten und Stahlhelm in Slettin wurde ein Trupp von NS-Leuten von einer größeren Reichsbannertruppe bedrängt, so daß einer der NS-Leute aus einer Schredschußpistole Schüsse abgab. Er wurde darauf von Reichsbannerleuten am Kopf schwer verletzt.

Revolverattentat auf den Bürgermeister von Staffurt.

Nachts wurde der Erste Bürgermeister Kasfen aus Staffurt in dem Augenblick angeschossen, als er sein Grundstück betreten wollte. Kasfen ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der Tat dringend verdächtig ist ein Gymnasiast namens Joachim Matthes aus Staffurt, der in der Frühe des 5. Februar mit Hilfe des nationalsozialistischen Kreisleiters festgenommen worden ist. Der Festgenommene hat noch kein Geständnis abgelegt.

Die Tat hat folgende Vorgeschichte: In Staffurt fand ein Propagandaumzug statt, an dem sich Mitglieder der NSDAP, des Stahlhelm usw. beteiligten. Nach Beendigung dieses Umzuges kam es zu einer fäulischen Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der NSDAP und einem Arbeiteramateur, wobei dieser verletzt wurde. Bürgermeister Kasfen veranlaßte die vorläufige Festnahme eines der beteiligten Nationalsozialisten, weil dringender Verdacht der Täterschaft bestand. Nach Klärung des Sachverhaltes entließ Bürgermeister Kasfen den Festgenommenen und begab sich nach Hause. Kurz vor seinem Grundstück wurde er von einem jungen Mann, der eine rote Schälerröhre trug, gestellt. Der Täter sprach die Worte: „Warte, du Schurke, jetzt kommt die Abrechnung!“, gab einen Schuß aus einer Pistole ab, der Kasfen traf, und flüchtete sodann. Bürgermeister Kasfen feuerte aus seiner Pistole sieben Alarmschüsse ab, die bewirkten, daß ihm Hilfe zuteil wurde und die Staffurter Polizei alarmiert wurde.

Neuer Personalreferent der Schupo.

Der kommissarische preussische Innenminister hat den Leiter der Personalabteilung für die preussische Schupo, Oberst Majewski, und dessen Mitarbeiter, Polizeihauptmann Dr. Zeig, aberufen. Die beiden Polizeioffiziere dürften anderweitig im Polizeidienst Verwendung finden. An Stelle Majewskis ist der Polizeioberstleutnant von Heppel zum Leiter der Personalabteilung für die preussische Schupo ernannt worden. Polizeihauptmann Rath wurde zu seinem Hilfsarbeiter ernannt.

Ferner ist der Referent bei der vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung, von Bose, zum Oberregierungsrat und Leiter der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums ernannt worden. Der bisherige Leiter der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums, Oberregierungsrat Dr. von Carlowitz, ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Kleine Nachrichten

8000 kommunistische Hochdruckdrucker beschlagnahmt. Düsseldorf. Bei der Durchsichtung weiterer Leitungstellen der SPD und ihrer Nebenorganisationen wurde ein erhebliches Lager der kommunistischen Lagervertriebsstelle Düsseldorf entdeckt. In einem Raum dieses Hauses wurden etwa 8000 bis 10000 Broschüren hocherräterischer Inhalts beschlagnahmt. Gegen Beschlüsse gegen Japan.

Genf. Der Fernostkonferenz des Völkerverbundes hat beschlossen, es solle festgestellt werden, daß Japan sich in dem Konflikt mit China ins Unrecht gesetzt habe. Der Ausschuss hat ferner alle japanischen Vorschläge als unbefriedigend abgelehnt.

Die Kotters Liechtensteiner Staatsangehörige.

Die beiden Berliner Theaterdirektoren Fröh und Alfred Kottler, die sich des Betruges, der Untreue und des Konfuzverbrechens schuldig gemacht haben, sind inzwischen nach Liechtenstein gelangt und haben bereits die dortige Staatsangehörigkeit erworben. Der von der Staatsanwaltschaft Berlin erlassene Haftbefehl und Steckbrief gegen die beiden Brüder wird damit illusorisch, da Liechtenstein seine Staatsangehörigen keinem Staat ausliefert.

Ein Erfolg der lettischen Minderheiten.

Das lettlandsche Kabinett zurückgetreten. Der Gesandtenwurf des lettlandschen Unterrichtsministers, der eine Lettifizierung der Minderheiten in Mittelschulen bezweckte, wurde vom lettlandschen Parlament mit 64 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Daraufhin ist das gesamte Kabinett Skujenieks zurückgetreten.

Mit der Ablehnung des Schulgesetzes ist ein schwerer Schlag gegen die Minderheiten abgewehrt worden.

Auto vom Zuge erfaßt.

Zwei Tote, drei Verletzte. Bei Breslau-Schmielesfeld ereignete sich ein schweres Kraftwagenunglück. Der Personenzug Glogau-Breslau erfaßte auf der Kreuzung der Bahn mit der Fernverkehrsstraße Breslau-Berlin einen Personenzug, der die geschlossene Schranke durchbrochen hatte. Der Wagen wurde etwa 600 Meter mitgeschleift und völlig zertrümmert. Zwei Personen wurden dabei getötet und drei schwer verletzt.

Bei den Opfern des Kraftwagenunglücks handelt es sich um die Familie des Baumeisters Joseph Velle aus Breslau (Deutsch-Lissa). Mann und Frau sind tot, die drei Kinder im Alter von 15 bis 20 Jahren kamen mit Verletzungen davon. Velle hatte infolge starken Schneesturms weder das Herannahen des Zuges an der beleuchteten Kreuzung bemerkt, noch sah er die Sperrzeichen. Das Auto durchfuhr die geschlossene Schranke. Dann wurde der Wagen von dem Zuge, der zu gleicher Zeit die Kreuzung passierte, erfaßt. Zunächst holte das Zugpersonal die drei noch lebenden Kinder unter den Trümmern des Autos hervor. Velle und seine Frau konnten nur als Leichen geborgen werden.

Grubenunglück im Kreise Olpe.

Bisher drei Tote.

Auf der Bleierzgrube Gnanzenberg bei Silberg im Kreise Olpe entstand in einem Stollen ein Brand, durch den 21 Bergleute der Rückweg aus der Grube abgeschnitten wurde. Rettungsmannschaften nahen sofort ein. Gemeinsam mit zwei Rettungstrupps aus Siegen und Essen ist es ihnen gelungen, 17 der eingeschlossenen Bergleute zu bergen. Einer der Bergleute ist jedoch bald darauf gestorben. Von den Bergleuten, die noch abgeschnitten waren, wurden dann zwei als Leichen geborgen, so daß sich die Zahl der Toten auf drei erhöht hat. Nach Lage der Dinge besteht wenig Hoffnung, die beiden noch abgeschnittenen Bergleute lebend zu bergen. Nach Annahme der Grubenverwaltung dürfte das Unglück darauf zurückzuführen sein, daß einer der Bergleute eine Karbidlampe an der Schachtzimmerung befestigt hatte, so daß diese Feuer fing und dadurch den Brand verursachte.

Acht Todesopfer eines Kinobrandes.

Furchtbare Panik während einer Kinder-Vorstellung.

In Veracruz (Mexiko) brach während einer Kindervorstellung in einem Lichtspieltheater plötzlich ein Brand aus. Es entstand eine entsetzliche Panik; zahlreiche Kinder wurden niedergeworfen, andere sprangen aus den Fenstern und blieben mit schweren Verletzungen im Hof liegen. Die Galerien bildeten ein einziges Flammenmeer und stürzten schließlich ein, wodurch zahlreiche Kinder unter den Trümmern begraben wurden.

Gleichzeitig spielten sich vor den Eingängen erbitterte Kämpfe zwischen einem Militärangebot und den verzweifelten Eltern ab, die zur Rettung ihrer Kinder in den Saal eindringen wollten. Acht Tote und 20 Schwerverletzte fielen der Katastrophe zum Opfer.

Nachstehende Firmen von Wilsdruff und Umgegend

halten sich bei Bedarf bestens empfohlen:

Maschinenbau und Reparatur
Schweppel, Franz, Ingenieur, Bismarckstr. 35, 511.
Agentur für Versicherungs-Gesellschaften
Wilhelm Vertbold, Heidweg 283 D.
Anzeigenannahme
Wilsdruffer Tageblatt, Zellner Straße 29, 511.
(auch für auswärtige Zeitungen).
Bank- und Wechselgeschäfte
Stadtbank und Sparkasse, Rothhaus, 511.
Wilsdruffer Bank, e.G.m.b.H., Freiberger Str. 108, 511.
Wahnenführer
Bilchner, Otto, Bahnhofsstraße 127, 511.
Buchbinderei
Schnitz, Arthur, Zellner Straße 29, 511.
Elektrische Installation und Schlosserei
Walter, Kurt, am oberen Bach 130.

Auto-Reparaturwerkstatt, Kraftfahrzeug-Vertrieb,
Tankstelle, Teile, private Automobili-führer, Fahrer-
räder und Motorsfahräder, Nähmaschinen
Fa. Arthur Buchs, Markt 8, 511.

Fell- und Häutehandlung
Stolte, Robert, Babnhofstraße 138
Kleider (Bildereinstimmung), Glashandlung,
Jalousien
Dombach, Willy, Marktstraße 89.
Grabsteingehäuse (Steinbruchbetrieb)
Wolff, Karl, Wehner Straße 263.
Herren- und Damenbekleidungs-Geschäft
Plattner, Curt, Dresdener Straße 69.
Innskafener
Zotter, Ferd. (Post, Ludwig Hellwig), Markt 10, 511.

Ladestation für Akkumulatoren und Batterien
Schnitz, Arthur, Zellner Straße 29, 511.
Malergewerbe
Schindler, Edwin, Hohenstraße 134 Y, 511.
Milch- und Butterhandlung
Barthel, Alfred, Braunshof (tägl. Lieferung ins Haus).
Kleider- und Zeugnisse jeglicher Art
(tägl. Lieferung ins Haus).
Dampfmolkerei Hans Bräuer, Friedhofstraße 165 B
Schneewerkzeughandlung
Böhme, Hedwig verw., Dresdener Straße 215

Stuhlfabrik
Schreiber, Arthur, Eblauer Straße 298 B, 511.
Tischlereien
Kurche, Adolf:
Decker, Georg, Felderstraße 180, 511.
Fleischhandlung (Rind- und Schlachtvieh)
Fersch, Gebr., Kesselsdorf, 511.
Wilsdruff 471.

Wäschehandlung
Dolfer, Paul, Kesselsdorf, Kesselsdorf Nr. 8.
Woll-, Strumpfwaren- und Garbhandlung
Rehme, Max, Babnhofstraße 121.
Wäscherei, Färberei und chemische Reinigung
Aker, Bruno, Wehner Straße 262, 511.
Reitung
Wilsdruffer Tageblatt, Zellner Straße 29, 511.

Kentralheizungen
Schweppel, Franz, Ingenieur, Bismarckstr. 35, 511.

